

Newsletter 10/2022

"Es ist so gut, dass jetzt jemand an uns denkt"

+++Von der anonymen Offshore-Briefkastengesellschaft zur "Offshore Shell Person"+++Ungerechte Krisenbewältigung: weltweit vor allem Kürzungen bei Sozialausgaben statt Steuererhöhungen für Reiche+++OECD vermeldet Fortschritt nach Plan+++Jahressteuergesetz in der Abstimmung+++Window-of-Opportunity für eine UN-Steuerkonvention+++Fragwürdige Modernisierung der Betriebsprüfung+++

Newsletter - Oktober 2022

Überall ist Krise. Fast zumindest. Darüber, dass bei den Mineralölkonzernen und bei dem ein oder anderen Stromproduzenten die Korken knallen, haben wir in den letzten Monaten ausgiebig berichtet. Und auch für den ein oder anderen Vermögenden dürften die stark gefallen Aktienkurse und die Flaute am Immobilienmarkt eher Chance als Krise sein – passend dazu erhöht die beschleunigte Abschreibung auf neu gebaute Immobilien für sie die verfügbaren Investitionsmittel. Aber heute soll es einmal vor allem um die gehen, die in den aktuellen Krisen oft vergessen wurden: 30-jährige Menschen. An sie verlost die Stiftung "Ein Erbe für jeden" aktuell drei Grunderben von je 20.000 Euro. Dabei zeigt sich im Kleinen, was es für die Gesellschaft bedeutet, wenn wenige ganz viel und viele fast gar nichts vom Wohlstand des Landes abbekommen und wie es wäre, wenn dieses Erbe fairer aufgeteilt wäre (ob als Direkttransfer oder gute Sozialwohnung und gute Bildung). Eine Reaktion bringt es besonders gut auf den Punkt: "Es ist so gut, dass jetzt jemand an uns denkt". In diesem Sinne wünschen wir einen solidarischen Herbst!

Christoph, David, Julia und Yannick

Schattenfinanz und Geldwäsche

Von der anonymen Offshore-Briefkastengesellschaft zur "Offshore Shell Person"

Drei neue Zahlen und Datensätze zeigen, wie weit Deutschland (und die Welt) noch davon entfernt sind, die Verwendung von anonymen Offshore-Briefkastengesellschaften endlich zu unterbinden – und was passieren könnte, wenn es doch irgendwann soweit sein sollte:

- 1. 4,4 Prozent bzw. 1.297 der Gesellschaften, die in einer der von uns untersuchten Städte oder Bundesländer Immobilien besaßen, gehörten Briefkastengesellschaften aus Schattenfinanzzentren mit unbekanntem Eigentümern.** Ganz grob auf den deutschen Immobilienbestand hochgerechnet wären das etwa 15.000 bis 20.000 solcher Briefkästen. Bei unserer kleinen Transparenzregister-Stichprobe fand sich zu den Briefkästen meistens nur ein Geschäftsführer (46 Prozent), manchmal fehlte der Eintrag und manchmal fand sich auch ein bisher unbekannter Anteilseigner (je 23 Prozent). (Mehr dazu [hier](#)).
- 2. Fast 50 Prozent der deutschen GmbHs hatten sich zum 17.8.2022 noch nicht im Transparenzregister eingetragen,** obwohl sie zumindest seit 30.6.2022, in vielen Fällen aber schon seit 2017 eintragungspflichtig waren. Das zeigt die Antwort auf eine kleine Anfrage vom 1.9.2022. Das heißt, wir hatten bei unserer Stichprobe eher noch Glück (mehr dazu [hier](#)).
- 3. Von 90.000 auf 250.000 hat sich seit 2010 die Zahl der ausländischen Personen mit englischem Immobilieneigentum erhöht** (die Zahl der Offshore-Briefkästen ist ungefähr gleich geblieben). Grund dafür ist eine [2014 eingeführte Steuer](#) auf nicht vermietete Immobilien mit einem Wert von mehr als 500.000 Pfund, die sich im Eigentum einer (Briefkasten)gesellschaft befinden. Fast 100.000 dieser Immobilien gehörten Menschen aus HongKong, Jersey, Singapur, Guernsey, den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Isle of Man und den Britischen Jungferninseln. Die eher unbedeutenden und bevölkerungsarmen Staaten USA und Irland kamen zusammen auf 25.000. Das Australian Arctic Territory immerhin noch auf 427 (obwohl dort nur 80 Menschen leben). Oliver Bullough nennt sie [in seinem Blog](#) die neuen "Offshore Shell People" in deutsch: "Briefkastenwärter aus Schattenfinanzplätzen".

Wie im letzten Newsletter angekündigt, soll das Sanktionsdurchsetzungsgesetz 2 in Deutschland demnächst für mehr Transparenz sorgen. Jetzt liegt der Entwurf endlich beim Kabinett. Und vielleicht sucht ab nächstem Jahr eine neue Bundesbehörde gezielt nach verdächtigem Vermögen. Aus unseren und den englischen Zahlen ließe sich folgendes lernen: a) Es lohnt sich den anonymen Briefkästen auf den Grund zu gehen, Transparenz allein hat sie in England und auch in Deutschland bisher weder beseitigt noch durchsichtig gemacht und mit 15.000 bis 20.000 wäre der Arbeitsaufwand überschaubar b) Es lohnt sich rechtzeitig dafür zu sorgen auch die Briefkastenwärter aus den Schattenfinanzplätzen und den deutschen Geheimnisoasen in den Untersuchungsauftrag einzubeziehen.

Weitere Nachrichten:

- **Nach mehr als einem Jahr Arbeit hat die OECD ihr Rahmenwerk für mehr Transparenz am Kryptomarkt präsentiert.** Danach sollen Kryptobörsen wie Banken verpflichtet werden, die Steuernummern ihrer Kunden zu erfassen und für den automatischen Austausch zu melden. Bis es soweit ist, muss das Rahmenwerk in nationales Recht übersetzt werden (eine EU-Richtlinie ist in Arbeit) und es

müssen bilaterale oder multilaterale Abkommen für den Datenaustausch geschlossen werden (die OECD arbeitet an einem Umsetzungspaket). Und dann erhalten die Kryptobörsen noch einmal 12 Monate Zeit, die Information zu besorgen. <https://www.oecd.org/tax/oecd-presents-new-transparency-framework-for-crypto-assets-to-g20.htm>

- **Kein neuer Fall, aber spannend neu erzählt:** ProPublica beschreibt wie ein chinesisch-stämmiger Geldwäscher Dollarscheine der mexikanischen Drogenmafia an reiche Chinesen auf der Suche nach Fluchtmöglichkeiten vor heimischen Kapitalkontrollen [vermittelte](#) – und wie ein Teil des Geldes [den Weg in die US-amerikanische Politik fand](#), u.a. für ein Essen mit Donald Trump oder für die Miete im Trump Tower. Die detaillierte Anklageschrift von 2020 zum Fall findet sich [hier](#) (2021 endete das Verfahren mit 15 Jahren Gefängnis).
- **Ebenfalls nicht neu, aber mit einer wesentlichen Neuigkeit:** Über die liechtensteinische Union Bank und ihre Verwicklung mit venezolanischer Korruption haben wir bereits berichtet. Ein neuer [Bericht im Spiegel](#) (€) zeigt jetzt: auch die deutlich größere LLB und die fürstliche LGT waren an den Geschäften beteiligt. Bestraft werden sollen aber nur die kleine Bank und der neue Eigentümer aus Hamburg, der mit seiner Verdachtsmeldung die Ermittlungen erst zum Laufen gebracht hatte. Eine konsequente Weißgeld-Strategie sieht anders aus.

Vermögen, Erbschaften, hohe Einkommen

Ungerechte Krisenbewältigung: weltweit vor allem Kürzungen bei Sozialausgaben statt Steuererhöhungen für Reiche

Zahlreiche Länder haben seit der Corona-Pandemie durch ihre Politik zum Anstieg von Ungleichheit beigetragen. Zu diesem Ergebnis kommt der ["Commitment to Reducing Inequality Index 2022"](#) (CRI) von Oxfam. Trotz der Krise verzichteten 143 von 161 analysierten Ländern auf eine stärkere Besteuerung sehr reicher Menschen und großer Unternehmen. Stattdessen sanken in der Hälfte der einkommensschwachen Länder die Gesundheits- und Sozialausgaben, sogar zwei Drittel der Länder kürzten die Bildungsausgaben und verpassten es die Mindestlöhne an die Inflation anzupassen. 11 Staaten senkten dafür sogar die Steuern für Reiche.

Deutschland landet insgesamt auch dank umfangreicher Rettungspakete auf Rang 2. Auch im Bereich Steuern schneidet Deutschland mit Rang 10 sehr gut ab und hat sich im Vergleich zu 2020 sogar verbessert. Allerdings beschränkt sich der Bericht auf Einkommens-, Unternehmens- und Umsatzsteuer.

Von den Ländern mit niedrigem Einkommen schafft es keiner in die Top10. Sie gaben schon 2021 etwa 27,5 Prozent ihrer Haushaltsmittel für die Rückzahlung ihrer Schulden aus – doppelt so viel wie für Bildung, viermal so viel wie für Gesundheit und fast zwölfmal so viel wie für soziale Sicherung. Drei Viertel von ihnen planen laut IWF-Daten in den nächsten fünf Jahren weitere

Ausgabenkürzungen und werden damit Armut und Ungleichheit weiter verschärfen, kritisiert Oxfam. Auch in Deutschland drohen dank hoher Krisenschulden und Schuldenbremse demnächst Kürzungsdebatten.

Steuererhöhungen für Reiche gab es nur in wenigen Ländern. So hat Costa Rica seinen Spitzensatz bei der Einkommenssteuer um 10 Prozentpunkte angehoben. Vor allem Länder in Lateinamerika (Argentinien, Bolivien) haben außerdem Steuern auf hohe Vermögen eingeführt. Chile und Spanien planen das. In Spanien soll die als „[Solidaritätssteuer](#)“ bezeichnete Abgabe die reichsten 23.000 Bürger betreffen, rund 1,5 Milliarden Euro einbringen und zunächst bis 2024 gelten. Der Steuersatz soll in drei Stufen gestaffelt sein: 1,7 Prozent bei Vermögen von drei bis fünf Millionen Euro, 2,1 Prozent für Vermögen von fünf bis zehn Millionen Euro und 3,5 Prozent für Vermögen über 10 Millionen Euro.

Weitere Nachrichten:

- **Attac-Netzwerk veröffentlicht ein umfassendes [Diskussionspapier](#) für ein gerechtes Steuersystem.** Die Autorinnen und Autoren fordern u.a. eine maximal zulässige Ungleichheit. Sie schlagen dazu eine Obergrenze für Einkommens auf 2 Millionen Euro (etwa das 100-fache des Mindestlohns) vor, sowie eine Begrenzung für Vermögen auf 20 Millionen Euro. Nach den Berechnungen ist dazu ein Spitzensteuersatz von 90 Prozent ab einem Einkommen von 40 Millionen Euro erforderlich, sowie eine progressive Besteuerung von Unternehmen bis zu einem Steuersatz von 40 Prozent ab einem Gewinn von 1 Million Euro (anrechenbar auf die Einkommensteuer). Zudem soll eine progressive Vermögensteuer eingeführt werden (bis zu 20 Prozent ab einer Milliarde Euro).
- **Die [Stiftung Ein Erbe für Jeden – Chancengleichheit](#) verlost zum ersten Mal jeweils 20.000 Euro an drei 30-Jährige – zur [Freude der Empfänger*innen](#).** Bereits seit 2010 setzt sich die Stiftung für die Idee einer Einmalzahlung an junge Menschen ein, die wenig Chancen haben, selbst zu erben. Aus dem Vermögen der Stifter sollen in den nächsten 5 Jahren insgesamt 15 Grunderben ausgeschüttet werden. Die begünstigten Landkreise bzw. Städte werden jedes Jahr neu ausgelost. Los ging es in Hamburg-Nord, Koblenz und Gütersloh.
- **Allianz veröffentlicht 13. Ausgabe des "[Global Wealth Report](#)":** Der Bericht untersucht die Vermögens- und Schuldensituation der Haushalte in fast 60 Ländern. Demnach wuchs im Jahr 2021 das globale Finanzvermögen zum dritten Mal in Folge zweistellig und erreichte 233 Billionen EUR (+10,4 Prozent). Aufgrund der Inflation und Geldpolitik dürfte das Jahr 2022 den Wendepunkt markieren, so die Studie. In den kommenden drei Jahren bis 2025 wird es lediglich ein jährliches Wachstum des Geldvermögens um 4,6 Prozent geben. Insgesamt dürfte es deshalb nur geringe reale Vermögenszuwächse geben. Als beunruhigend wertet die

Allianz den Anstieg der Schulden der Privathaushalte weltweit um 7,6 Prozent, der deutlich über dem langjährigen Mittel von 4,6 Prozent lag.

Unternehmenssteuern

OECD vermeldet Fortschritt nach Plan

Am 6. und 7. Oktober haben sich die Delegierten des Inclusive Framework zum ersten Mal seit drei Jahren wieder persönlich getroffen. Kurz darauf präsentierte die OECD den G20 Finanzministern in ihrem "[Tax Report](#)" ein umfangreiches Paket an Berichten und Updates. Im Fokus stand dieses Mal die erste Säule zur Umverteilung von Besteuerungsrechten. Folgt man der OECD – und dem scheidenden Spiritus Rector der Reformen und Autor des Berichts – dann sind die technischen Arbeiten bis Ende des Jahres weitgehend abgeschlossen und ein multilaterales Abkommen zur Umsetzung schon Mitte 2023 unterschriftsreif. Offen ist unter anderem noch, wie mit den bestehenden Digitalsteuern umgegangen werden soll – und wer am Ende wirklich unterzeichnet. Bei Säule 2 liegt der Ball vor allem bei den Mitgliedsstaaten, die das bestehende Regelwerk jetzt umsetzen müssen (der nächste ECOFIN-Rat tagt am 7./8. November). Der Fokus der OECD scheint aktuell darauf zu liegen, Entwicklungsländer davon zu überzeugen, dass ihre Steueranreize ihnen mehr schaden als nutzen. Dafür kündigt sie für das vierte Quartal ein Pilotprogramm zur Analyse solcher Anreize an und legt einen ersten Analysebericht vor (Annex E). Und damit es den Nachfolgern von Pascal St. Amans nicht langweilig wird, wenn die Zwei-Säulen-Lösung bearbeitet ist, arbeitet die OECD an einem "Inclusive Forum" (Global Forum und Inclusive Framework waren schon vergeben) on Carbon Mitigation.

Weitere Nachrichten:

- **Das US-Unternehmen Cisco fordert seine Aktionäre dazu auf, bei der Jahreshauptversammlung gegen ein Vorhaben für umfangreichere Steuertransparenz zu stimmen**, wie die Financial Times [berichtet](#). Ähnlich wie zuvor bei Amazon fordern Teile der Aktionäre, dass Cisco country-by-country Informationen öffentlich macht. Das Unternehmen lehnt dies mit dem Verweis auf mögliche negative Konsequenzen für das Geschäft ab. Im Fall Amazon wurde die Initiative letztendlich abgelehnt, erhielt aber immerhin die Zustimmung von gut 20 Prozent der Aktionäre.
- **"Pure tax play"**: So beschreibt ein internes Dokument die Verschiebung von 39 Milliarden US-Dollar nach Puerto Rico, wo die Berater von KPMG eine 15-jährige Steuerbefreiung ausgehandelt hatten. 2020 dann der vorläufige Höhepunkt: "Microsoft Round Island One", ein Briefkasten in Irland verbucht einen Gewinn von 315 Milliarden US-Dollar, allerdings ohne Steuern zu zahlen, weil der Briefkasten für Steuern auf den Bermudas stand. Diese und viele weitere Steuertricks hat Cictar jetzt in einer [Studie](#) aufbereitet und fordert u.a. alle

Regierungen auf, eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung als Bedingung für weitere öffentliche Aufträge an Microsoft & Co zu machen. Deutschland ist nicht Teil der Studie, aber eine der wichtigen Quellen für die Gewinnverschiebung. Eine neu entdeckte alte Steuerregel sollte dem zumindest teilweise einen Strich durch die Rechnung machen und für in Deutschland registrierte Lizenzen (sogenannte Registerfälle) eine Quellensteuer einbehalten. Weil das laut [Evaluation des BMF](#) zu viel Arbeit macht und international für Verstimmung gesorgt hat, soll das Jahressteuergesetz 2022 diese Regel jetzt rückwirkend(!) aufheben.

Deutsches Steuersystem

Jahressteuergesetz in der Abstimmung

Aktuell wird der von der Bundesregierung vorgelegte [Entwurf des Jahressteuergesetz 2022 beraten](#). Durch die enthaltenen Maßnahmen sollen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im kommenden Jahr um rund 3,2 Milliarden Euro und bis 2026 um 6,9 Milliarden Euro entlastet werden. Ein großer Teil davon kommt (vermögenderen) Vermietern zugute. Geplant ist ein höherer Abschreibungssatz für neue Mietwohngebäude von drei statt bisher zwei Prozent ab Mitte 2023. Kostenpunkt allein für die Jahre 2025/26: mehr als 370 Millionen Euro.

Der Entwurf sieht außerdem die Entfristung der sog. Home-Office Pauschale und Anhebung des maximalen Abzugsbetrags von 600 auf 1.000 Euro pro Jahr vor. Außerdem ist die Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags ab 2023 von 801 Euro auf 1.000 Euro sowie eine Anhebung des Ausbildungsfreibetrags von 924 auf 1.200 Euro geplant. Den teuersten Posten bildet der vollständige Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023 mit fast 5 Milliarden Euro. Damit wird einer Aufforderung des Bundesfinanzhofs aus dem Vorjahr Rechnung getragen, Doppelbesteuerungen bei der Rente zu verhindern. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen.

Zudem soll das Gesetz eine längst überfällige Rechtsgrundlage schaffen. Denn während andere Länder ihre Bürgerinnen und Bürger in der Krise mit Direktzahlungen entlasten, hat Deutschland diese Möglichkeit nicht. Der Grund dafür liegt im Zusammentreffen von Föderalismus, Datenschutz, und mangelnder Digitalisierung: es gibt schlicht keine staatliche Behörde, bei der alle Kontodaten gebündelt hinterlegt sind. Doch wenn im kommenden Jahr etwa das Klimageld gezahlt werden soll, braucht es diese. Der Entwurf sieht vor, die Steuer-ID aller Bürgerinnen und Bürger mit der Kontonummer zu verknüpfen. Wie lange dieser Vorgang dauern wird, ist allerdings noch [unsicher](#). Es muss zunächst einmal eine Behörde gefunden werden, die diese Aufgabe übernimmt. Und diese Behörde muss dann bei Familienkassen, Rentenkasse, Kreditinstituten, Finanzämtern und Arbeitgebern die Kontonummern einsammeln. Eine erste Auszahlung vor 2025 darf bezweifelt werden.

Weitere Nachrichten:

- **DAX-Vorstände mit sattem Gehaltsplus:** Im Jahr 2021 erhielten DAX-Vorstände 24 Prozent mehr Lohn als im Vorjahr und damit im Schnitt 3,9 Millionen Euro. Das geht aus einer [Auswertung](#) der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) und der Technischen Universität (TU) München hervor. Nach einem kräftigen Gehaltsplus erhielten die Vorstände der Börsenschwergewichte 2021 im Schnitt 53-mal so viel wie ihre durchschnittlichen Beschäftigten. Im Jahr 2020 war es noch das 47-Fache. Durch das Gesetz zum [Abbau der kalten Progression](#) erhält jeder von ihnen im nächsten Jahr eine Steuersenkung von rund 500 Euro. Normalverdiener werden mit weniger als der Hälfte entlastet.

Steuern und Entwicklung

Window-of-Opportunity für eine UN-Steuerkonvention

Eine grundlegende Reform des globalen Steuersystems im Rahmen der Vereinten Nationen galt lange als unrealistisch. Der Druck dahingehend wächst aber. Aktuell werden auf UN-Ebene verschiedene Draft-Resolutions diskutiert: Die Afrika-Gruppe bei den UN hat einen [Vorschlag eingereicht](#), der eine UN-Steuerkonvention fordert. Ein Reformvorhaben das immer mehr Zuspruch bekommt – auch der kürzlich veröffentlichte [Bericht des UN-Generalsekretärs](#) António Guterres äußert sich positiv gegenüber einer UN-Steuerkonvention. Zudem hat die Gruppe der G77-Staaten und China eine [Draft Resolution](#) initiiert, welche die Aufwertung des UN-Expertenausschusses für Steuerfragen zu einer zwischenstaatlichen Steuerkommission fordert. Abhängig vom Verlauf der Verhandlungen könnten die Entscheidungen darüber voraussichtlich Anfang Dezember in der UN-Generalversammlung fallen – es besteht momentan also ein Window-of-Opportunity.

Bisher blockiert die Bundesregierung, gemeinsam mit den anderen OECD-Ländern, Reformen für eine stärkere Rolle der UN bei globalen Steuerfragen. Bundeskanzler Scholz selbst hat sich bisher noch nicht dazu geäußert. So wird weiterhin an den für Industrieländer vorteilhaften OECD-Prozessen festgehalten. Im [Abschlussstatement](#) des Treffens der G7-Finanzminister mit den Finanzministern aus Afrika vom 12. Oktober findet sich ein deutliches Bekenntnis zur Zwei-Säulen-Unternehmenssteuerreform der OECD – nicht aber zu einem UN-Reformprozess. Eine Unterstützung Deutschlands während der aktuellen Verhandlungen könnte aber einen entscheidenden Unterschied machen.

Darüber hinaus laufen auf UN-Ebene momentan Gespräche über eine vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Jahr 2025 stattfinden könnte. Sie könnte eine weitere wichtige Plattform sein, um Reformen für globale Steuergerechtigkeit auf den Weg zu bringen.

Weitere Nachrichten:

- **Die OECD berichtet stolz von ihrem Beratungserfolg in Sambia:** Mit ihrer Hilfe sind die Steuereinnahmen aus den dortigen Minen laut "Tax Report" von 63 Millionen US-Dollar (2016) auf 322 Millionen US-Dollar gestiegen (2021). Dass sich in dieser Zeit auch die für Sambia wichtigen Kupferpreise fast verdoppelt haben, wurde zumindest im Fortschrittsbericht an die G20 nicht erwähnt. Dem [Jahresbericht](#) der "Steuerprüfer ohne Grenzen" lässt sich entnehmen: die Experten waren seit 2016 mehr als 100 Tage vor Ort. Für ganz Afrika stehen seit 2012 zusätzliche Steuern von 1,3 Milliarden US-Dollar in den Büchern. Ob auch davon ein Teil aus höheren Kupferpreisen in Zambia stammt, bleibt im Bericht unklar.
- **Weiterhin kein Zugang zu Cbcr-Berichten:** Die Zahl der Entwicklungsländer mit Zugriff auf Cbcr-Berichte hat sich von drei (2020) auf lediglich fünf (2021) erhöht. Die meisten anderen Länder haben die nötigen Gesetze noch nicht unterzeichnet, die technischen Standards der OECD noch nicht erfüllt oder noch keine Austauschabkommen geschlossen. Was die wichtigen US-Konzerne angeht, ist auch Deutschland hier eher von der langsamen Sorte: das Austauschabkommen ist erst jetzt im Bundestag eingetroffen. Mehr als 40 Staaten waren teilweise deutlich schneller.

Steuerverwaltung und Cum-Ex

Fragwürdige Modernisierung der Betriebsprüfung

Die deutsche Betriebsprüfung lässt oft lange auf sich warten. Bei Kleinbetrieben liegen rein rechnerisch 125 Jahre zwischen einer Prüfung und der nächsten ([Prüfquote 2020: 0,8 Prozent](#)). Bei Groß- und Größtbetrieben wird zwar deutlich häufiger geprüft, aber auch hier startet die Prüfung teilweise mit mehreren Jahren Verspätung und dauert dann in etwa 5 bis 10 Prozent der Fälle auch noch länger als 5 Jahre. Ärgerlich für die Unternehmen, die so lange mit der Unsicherheit leben und nach vielen Jahren wieder zurück in die Akten müssen. Und suboptimal für die Finanzverwaltung. Ein Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens soll das jetzt ändern – mit einer fragwürdigen Methode. Die Finanzverwaltung soll verpflichtet werden, Prüfungen höchstens ein Jahr nach der Steuererklärung zu beginnen und spätestens nach 5 Jahren zu beenden, ohne dafür aber zusätzliches Personal zu erhalten. Das ist in etwa so, als würde man der Deutschen Bahn vorschreiben pünktlich los zu fahren (egal ob noch ein Anschlusszug kommt und hunderte Menschen nachts in der Provinz stranden oder nicht) und nach 5 Stunden einfach stehen zu bleiben (egal ob das Ziel erreicht ist oder nicht), anstatt in bessere Infrastruktur zu investieren. Und es nützt vor allem den aggressiven Steuervermeidern, bei denen die Prüfungen bisher am längsten gedauert haben, weil sie unkooperative Steuerjurisdiktionen nutzen, nur zögerlich oder gar nicht kooperieren und insgesamt komplexe Modelle und ungeklärte Rechtsfragen nutzen. In der [Expertenanhörung zum Thema](#) waren wir mit

dieser (auch von Expertinnen und Experten aus der Finanzverwaltung an uns herangetragen) Meinung mal wieder ziemlich allein.

In Sachen Cum-Ex enthüllt das neu erschienene Buch "[Die Akte Scholz](#)" von Oliver Schröm und Oliver Hollenstein weitere Details zum möglichen Eingreifen des heutigen Bundeskanzlers in den Cum-Ex-Fall der Hamburger Warburg-Bank. Beispielsweise gibt es in den Tagebüchern des Bank-Mitnehmers Olearius eine mit den Cum-Ex-Geschäften in Zusammenhang stehende [Dankesliste](#), auf welcher der Name Olaf Scholz abgehakt ist. Dies lasse auf ein Engagement des damaligen Bürgermeisters zugunsten der Bank schließen, welche sich in den betreffenden Jahren gegen Steuerrückforderungen der Hamburger Finanzverwaltung wehrte.

Weitere Nachrichten:

- Der Starkoch Alfons Schuhbeck hat [vor dem LG München I gestanden](#), per Softwaremanipulation hohe Summen seiner Restaurantentnahmen am Fiskus vorbei geschafft zu haben. Die infrage stehende Summe beträgt 2,3 Millionen Euro. Daher ist eine Gefängnisstrafe wahrscheinlich.
- Die Bürgerbewegung Finanzwende hat [Beschwerde bei der EU-Kommission](#) eingelegt, weil die Bundesregierung Cum-Cum nicht ausreichend aufarbeite und somit zahlreiche Banken schütze. Dies sei unzulässige Beihilfe, welche den nach Recht und Gesetz arbeitenden Banken einen wettbewerblichen Nachteil verschaffe.
- Die erste strafrechtliche [Verurteilung wegen Cum-Ex-Geschäften](#), die nicht mit der hamburgischen Warburg-Bank zusammenhängen, steht bevor. Am 7. November soll laut Beobachtern das Urteil gegen vier frühere Manager der infolge ihrer voluminösen Cum-Ex-Geschäfte insolvent gegangenen Maple Bank fallen. Die Staatsanwaltschaft plädiert für mehrere Jahre lange Haftstrafen und Einziehung von Taterträgen in Millionenhöhe. Für den ehemaligen Vorstandschef Wolfgang Schuck fordert sie etwa fünf Jahre und drei Monate Haft samt einer Einziehung in Höhe von 5,5 Millionen Euro.

Veranstaltungen:

- **25. Oktober: 20–21 Uhr: OECD Pillars 1 and 2: Viable Without Consensus?** Webinar von *Taxanalysts*. Zur Registrierung [hier](#)
- **14. November, 18:00–20:00 Uhr: Steuern spar'n war gestern?!** Ein Gespräch über Kapitalismus, Demokratie und Steuergerechtigkeit, [Podiumsdiskussion](#) mit Norbert Walter-Borjans, ehem. Finanzminister NRW und SPD-Parteivorsitzender, Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit und Marc Buggeln, Historiker, FU Berlin. Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Hörens- und sehenswert:

- [Englisch] Interview: [“Even one hour after we published we started to receive threats.](#) One year after the Pandora Papers, we revisit one of the biggest stories of the investigation with our Czech member Pavla Holcová, and hear more about her extraordinary career in journalism.”
- ZDF 13 Fragen: [“Explodierende Preise: Gehen die Entlastungspakete weit genug?”](#)
- Vortrag & Diskussion: [“On the Trail of Capital Flight from Africa: The Takers and the Enablers”](#)
- Song [“Milliardäre”](#) (Knorkator)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10249 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

